

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIII
Überblick	1
I. Historischer Teil	3
A. Konstitutionelle Monarchie	3
1. Der Begriff von Bescheid (Entscheidung und Verfügung) und Verordnung	3
a. Die Dezemberverfassung von 1867 und die Einrichtung des VwGH	4
aa. Verordnung	4
bb. Bescheid (Entscheidung und Verfügung)	6
b. Zeitgenössische Lehre	8
2. Rechtsfolgen, die an das Vorliegen von Bescheid (Entscheidung und Verfügung) und Verordnung anknüpfen	16
a. Verordnung	16
b. Entscheidung und Verfügung	18
B. Die Verfassung der Republik Deutschösterreich	19
C. Die Stammfassung des B-VG	20
D. Die weitere Entwicklung in Bezug auf den Bescheid	23
1. Die B-VG-Novelle 1925 und die Erlassung des AVG	23
2. Die Einführung der Säumnisbeschwerde	26
3. Die Einführung der zweistufigen Verwaltungs- gerichtsbarkeit	27
E. Die weitere Entwicklung in Bezug auf die Verordnung	28

II. Regeln des B-VG über Bescheid und Verordnung	31
A. Bescheid und Verordnung im B-VG	31
1. Die Erzeugung von Bescheid und Verordnung	31
2. Rechtsschutz gegen Bescheid und Verordnung	33
3. Angelegenheiten, in denen eine Verordnung zu erlassen ist	34
B. Ist der Inhalt des Begriffs des Bescheides und der Verordnung verfassungsrechtlich vorgegeben?	36
C. Rechtmäßigkeitsbegriff und Kontrollbegriff	38
 III. Die Abgrenzung von Bescheid und Verordnung in der Lehre	 41
A. Überblick	41
B. Formale Kriterien?	45
C. Rechtstheoretische Möglichkeiten	46
D. Kombination von Fall und Adressatenkreis	49
E. Rechtsschutz	53
F. Zweckmäßigkeit	55
 IV. Die Abgrenzung von Bescheid und Verordnung in der Judikatur des Verfassungsgerichtshofes	 59
A. Allgemeines – Der Adressatenkreis als maßgebliches Kriterium	59
B. Die Ermittlung des Adressatenkreises	63
1. Zeitpunkt der Ermittlung des Adressatenkreises	63
2. Formulierung des Adressatenkreises oder Rechts- wirkungen des Aktes als maßgebliches Kriterium?	63
a. Formulierung maßgeblich	64
b. Rechtswirkungen maßgeblich	65
C. Fallgruppen	71
1. Personenmehrheiten, die in Rechtsträgern vereinigt sind	71
a. Gestaltung der Rechtsstellung der Mitglieder	71
b. Gestaltung der Rechtsstellung des Rechtsträgers und seiner Mitglieder	72

2.	Verteilungs- und Planungsakte	75
a.	Raumordnungspläne	75
b.	Exportregelung	77
c.	Preisregelung	78
3.	Genehmigung und Aufhebung von generellen Normen sowie Erstreckung von Rechtswirkungen genereller Normen	78
a.	Aufsichtsbehördliche Genehmigung und Aufhebung von Verordnungen	78
b.	Erstreckung der Rechtswirkungen eines Rechtsaktes ...	79
4.	Rechtsakte, die eine unterschiedliche rechtliche Betroffenheit der Adressaten bewirken	80
a.	Gleichgelagerte Interessen	81
b.	Korrespondierende Rechte und Pflichten	82
aa.	Verordnungslösung	82
bb.	Janusköpfigkeit als Lösung	83
cc.	Bescheid und Verordnung	84
D.	Zulässigkeit der Wahl zwischen Bescheid und Verordnung	86
1.	Gesetzlich eingeräumte Wahlmöglichkeit zwischen Bescheid und Verordnung	86
a.	Ausübung der Wahl zwischen Bescheid und Verordnung nach Maßgabe des Adressatenkreises	86
b.	Ausübung der Wahl zwischen Bescheid und Verordnung nach sachlichen Kriterien	89
2.	Umgehung der gesetzlich festgelegten Handlungsform unzulässig	89
3.	Wahl der Gesetzgebung zwischen Bescheid und Verordnung	90
E.	Zusammenfassende Würdigung	92
V.	Bescheid und Verordnung: gemeinsame und unterschiedliche Merkmale und Rechtsfolgen	97
A.	Das normsetzende Organ	97
B.	Die Erzeugung von Bescheid und Verordnung	99
1.	Verfahrensförmlichkeit	99
2.	Partizipation am Verfahren zur Erlassung des Verwaltungsakts	99
3.	Antrag auf Erlassung des Verwaltungsakts	101
a.	Zulässigkeit der Antragbindung	101
b.	Bescheidmäßige Erledigung des Antrags?	104

C.	Die Erlassung von Bescheiden und Verordnungen „auf Grund der Gesetze“	108
D.	Unmittelbare Wirksamkeit von Bescheid und Verordnung	109
E.	Entscheidungsbefugnis von Kontrollorganen	110
F.	Die Bestandsdauer von Bescheid und Verordnung	112
G.	Säumnis bei Erlassung von Bescheiden und Verordnungen	119
1.	Säumnisbeschwerde beim Verwaltungsgericht	119
2.	Amtshaftung und politische Verantwortlichkeit	124
3.	Verordnungs- und Gesetzesprüfung durch den VfGH	126
VI.	Die Abgrenzung von Bescheid und Verordnung	129
A.	Abgrenzung nach normstrukturellen Überlegungen	129
B.	Abgrenzung nach Rechtswirkungen und Adressatenkreis	130
1.	Formeller und materieller Adressatenkreis	130
2.	Welche Rechtswirkungen hat ein Rechtsakt?	130
3.	Rechtswirkungen, die für die Abgrenzung von Bescheid und Verordnung maßgeblich sind	132
4.	Die Problematik der Tatbestandswirkung von Bescheiden	135
5.	Bescheide mit Rechtswirkungen gegenüber einem generellen und Verordnungen mit Rechtswirkungen gegenüber einem individuellen Adressatenkreis	136
C.	Der Bescheid als Regelung des Einzelfalls und die Verordnung als Regelung einer Mehrzahl von Fällen	139
D.	Unterscheidung zwischen Rechtsetzung und Vollziehung	142
E.	Bescheid und Verordnung können nicht eindeutig voneinander abgegrenzt werden	144
1.	Allgemeines	144
2.	Zweifelsfälle	144
a.	Verordnungen mit bestimmbar Adressaten	144
b.	Bescheide mit unbestimmtem Adressatenkreis	146
c.	Rechtsakte, die eine unterschiedliche rechtliche Betroffenheit bewirken	146
3.	Die Abgrenzung von Bescheid und Verordnung als Wertungsfrage	148
4.	Ergebnis der Überlegungen	148
	Literaturverzeichnis	149
	Über den Autor	161